

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Katja Weitzel

Abg. Dr. Stephan Oetzing

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Julian Preidl

Abg. Ursula Sowa

Staatsminister Christian Bernreiter

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Studieren ohne Wohnungsnot - Wohnheimausbau jetzt stärken! (Drs. 19/8286)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Katja Weitzel.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Studieren in Bayern wird gerade an den sehr großen Exzellenzuniversitäten – Ludwig-Maximilians-Universität oder Technische Universität München – leider zunehmend zum Armutsrisiko. Die teuren Wohnkosten kann sich kaum noch jemand leisten.

Seit Jahren steigen die Zahlen der Studierenden – sehr erfreulich – gerade in München, aber auch in Erlangen, Nürnberg, Regensburg und Augsburg. Das ist etwas Positives. Gleichzeitig sinkt aber die Quote der vom Freistaat zur Verfügung gestellten Wohnheimplätze. Die Quote lag bayernweit 2012 bei 10,96 % und im Wintersemester 2024/2025 bei nur noch 9,3 %. In den Großstädten sank die Quote teilweise unter 9 %.

Ja, der Bedarf an Studierendenwohnheimen ist regional sehr unterschiedlich. Dem muss Rechnung getragen werden. Der Druck in den großen Universitätsstädten ist inzwischen aber so groß, dass die Staatsregierung handeln muss. Wir fordern daher, die Wohnheimquote sukzessiv auf 15 % auszubauen und die Fördermittel für studentischen Wohnraum konsequent an das wachsende Studierendenaufkommen anzupassen.

Was sind bisher die Gegenargumente der Regierungsfaktionen? 15 % seien zu pauschal. Die Großstädte benötigten andere Maßnahmen als der ländliche Raum. Der Bund verdoppele doch schon die Mittel für "Junges Wohnen". Man werde sehen, was

die Staatsregierung liefere. Mein Lieblingsargument lautet: Wegen der Regionalisierung der Hochschullandschaft gebe es eine höhere Zahl von Studierenden, die überhaupt keine Wohnheimplätze benötigen; sie wohnten nämlich zu Hause. Ich frage: Ist das Ihr Ernst?

Der Bund liefert. Richtig, der Bund hat die Fördermittel für "Junges Wohnen" drastisch erhöht.

Auch ein schönes Argument: Immer schön mit dem Finger auf Berlin zeigen, dass die Wohnkosten beim BAföG dringend erhöht werden müssen. Ja, das ist richtig. Das wurde unter der letzten Großen Koalition von der SPD schon angestoßen. Wir hätten uns da eine höhere Wohnraumförderung gewünscht, aber das war nicht möglich.

Die Ampel-Regierung hat erneut eine große BAföG-Reform angestoßen, und – siehe da – das zuständige Haus für den Gesetzesvorschlag der BAföG-Reform ist meines Wissens CSU-geführt. Ich kann mich erinnern, dass ich im letzten Jahr die Anhörung im Bundestag zu dieser Reform verfolgte. Die Staatssekretärin des CSU-geführten Hauses musste Rede und Antwort stehen, und sie erklärte ernsthaft, dass eine Erhöhung der Mietkosten beim BAföG von 360 Euro auf 380 Euro erfolgen werde.

Für Studierende in München klingt das ein wenig wie Hohn. Ich stelle mir die Frage: Wo bleibt eigentlich die Leistung des Freistaats? Hier höre ich wenig bis nichts. Ich sehe nur, dass mit dem Finger nach Berlin gezeigt wird, und leider wird allzu oft vergessen, dass Sie Teil der Bundesregierung sind.

Und ehrlich: Kommen Sie mir nicht wieder mit dem Argument, dass der Finanzminister von der SPD gestellt werde. Noch einmal: Der Gesetzesvorschlag kommt aus einem anderen Haus. Und ehrlich: Das sind Ausreden, um von dem eigenen Versagen abzulenken, dass Sie Ihren Hausaufgaben nicht nachkommen.

Unter dem Eindruck eines Besuchs vor zwei Tagen in der Studentenstadt München noch eine kleine Anmerkung von wegen welche Hausaufgaben hat man gemacht

respektive nicht gemacht: Zu den Verhältnissen und den Wohnverhältnissen in der Studentenstadt in München habe ich bisher wenige konstruktive Lösungsvorschläge gehört. So richtig große Fortschritte sind hier auch nicht erkennbar.

Stimmen Sie also unserem Antrag zu! Gehen Sie mit, und tun Sie etwas für die Studierenden, damit ein Studium in Bayern ohne Armutsrisiko möglich ist.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Weitzel. – Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Dr. Stephan Oetzing.

Dr. Stephan Oetzing (CSU): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Studentisches Wohnen ist in der Tat ein wichtiges Anliegen für junge Menschen im Studium. Darauf legen auch wir Regierungsfaktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN und unser Wissenschaftsminister Markus Blume großen Wert. Er widmet sich seit Beginn seiner Amtszeit vor mittlerweile knapp vier Jahren diesem Thema intensiv, gerade was München betrifft, und wir Regierungsfaktionen begleiten diesen Weg sehr engmaschig, hier Wohnheimplätze kontinuierlich auszubauen.

Fakt ist aber auch, dass zum Thema "studentisches Wohnen" und zum Ausbau dieses Wohnens immer mehrere Partner gehören. Das ist nichts, was der Freistaat Bayern alleine tun kann. Es braucht die Kommunen, die Planungshoheit gegebenenfalls mit Grundstücken. Es braucht aber auch Bauherren.

Ein ganz wesentlicher Partner bei diesem Thema sind die Studierendenwerke; denn im Freistaat Bayern werden mehr als zwei Drittel der geförderten Wohnheimplätze durch die Bayerischen Studierendenwerke angeboten. Es ist auch so, dass die Bayerischen Studierendenwerke an fast allen bayerischen Hochschulstandorten mit entsprechenden Einrichtungen vertreten sind.

Wichtig ist uns aber auch, dass man – das haben wir im Ausschuss bereits diskutiert, und ich habe es dort noch einmal unterstrichen – die örtlichen Gegebenheiten berück-

sichtigt. Dazu zählt: Wie ist der örtliche Wohnungsmarkt ausgeprägt? Wie entwickelt sich der jeweilige Hochschulstandort? Wie entwickeln sich die Studentenzahlen am jeweiligen Hochschulstandort? Welche Internationalisierungsstrategie verfolgt die jeweilige Hochschule? Denn das ist auch ein Indikator dafür, wie sich die Nachfrage nach Wohnheimplätzen entwickelt. Der Ausbau von Wohnheimplätzen ist auch immer eng mit der jeweiligen Hochschule, mit der jeweiligen Universität abzustimmen.

Wir sind der festen Überzeugung: Bei 33 staatlichen Hochschulen und Universitäten kann ein Modell "one size fits all" nicht funktionieren, meine Damen und Herren. Wir wollen hier passgenaue Lösungen, und daran arbeiten wir.

(Beifall bei der CSU)

Beim Ausbau der Wohnheimplätze – das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen – können sich die Studierendenwerke auf den Freistaat Bayern verlassen. Allein in den letzten zehn Jahren hat der Freistaat Bayern rund eine halbe Milliarde Euro in die Schaffung von rund 11.000 Wohnheimplätzen investiert. Im Jahr 2024 waren es 161 Millionen Euro, eine Steigerung von 78 % im Vergleich zum Jahr 2022. Zudem wurde die Eigenkapitalausstattung der Studierendenwerke mit 50,5 Millionen Euro aus dem Sonderprogramm deutlich erhöht. Das ist die Basis dafür, dass 2.000 neue Wohnheimplätze finanziert werden können. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich betonen: Das passiert nicht irgendwann, das passiert jetzt.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, dass wir bereits in diesem Jahr die ersten Umsetzungen erleben werden. Noch in diesem Monat, lieber Alfred Grob, wird die "Lutz21" in Ingolstadt eingeweiht, ein ganz wesentlicher Baustein dieser Strategie und dieses Ausbaus. Ich glaube, man muss immer wieder deutlich machen, dass man hier nicht nur ankündigt, sondern dass die Staatsregierung auch liefert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein Dankeschön möchte ich an dieser Stelle deinem Haus sagen, lieber Christian Bernreiter; denn diese massive Steigerung, dieser massive Aufwuchs bei der Förderung der Wohnheimplätze zahlt sich deutlich aus. Wir haben deshalb im bundesweiten Vergleich in Bayern auch die größte Zahl an neuen Wohnheimplätzen, die gebaut bzw. saniert werden. Das sind keine Zahlen, die ich mir aus dem Hut zaubere, sondern Zahlen des Deutschen Studierendenwerkes. 43 % aller Wohnheimplätze, die in Deutschland derzeit im Bau befindlich sind, sind im Freistaat Bayern. Das muss uns an dieser Stelle erst einmal jemand nachmachen.

(Beifall bei der CSU)

Der SPD-Antrag schafft mehr Bürokratie,

(Katja Weitzel (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

mehr Verwaltung, mehr Quote und steht nicht für ein weiteres Machen. Wir stehen dafür, dass wir Dinge umsetzen. Das haben wir auch mit dieser Initiative und dem Ausbau der Förderung deutlich unterstrichen. Dafür stehen wir auch.

Insbesondere weil es eine aktuelle Debatte zur Studentenstadt hier in München gibt: Ja, die hygienischen Verhältnisse in der Studentenstadt sind für uns alle im Ausschuss, auch für mich persönlich, erschreckend. Es ist dringender Handlungsbedarf durch das Studierendenwerk München Oberbayern gegeben; das steht außer Frage. Das haben wir auch deutlich gemacht, sowohl im Ausschuss als auch in mehreren persönlichen Gesprächen mit dem Studierendenwerk, auch mit der Leitung. Ich hatte gestern Abend noch ein Telefonat mit Frau Meijering, die mir nochmals versichert hat, dass in den letzten drei Wochen deutliche Fortschritte gemacht wurden.

Frau Kollegin, freilich könnte es schneller gehen; das wünschen wir uns auch. Es sind aber erste Schritte getan. Es sind Ausschreibungen auf den Weg gebracht worden. Ich glaube, das ist schon ein ganz wesentlicher Faktor, den man hier angegangen hat, dass eine Änderung der Akutzustände stattfindet und dass man auch langfristig

einen Sanierungsweg durch das Studierendenwerk auf den Weg gebracht hat. Der Arbeitskreis der CSU wird das jedenfalls engmaschig begleiten, auch engmaschig immer wieder nachfragen und eben auch dafür sorgen, dass die Studentenstadt hier in München bald wieder optimale Rahmenbedingungen für die Studentinnen und Studenten in der Landeshauptstadt bieten kann.

Vielleicht noch ein Satz zum BAföG. Ja, das wurde intensiv diskutiert, und das haben auch wir hier im Hohen Haus durch einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Das Thema ist Gegenstand des Koalitionsvertrags. Wissen Sie, Frau Kollegin, Sie haben anscheinend auch dieses Wort "Koalition" nicht richtig verstanden. Es funktioniert nämlich hier mit den Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER anders, wenn man zusammenarbeitet. Es ist richtig, dass man nicht permanent mit dem Finger auf andere zeigt. Sie haben schon vor uns regiert und hätten es ehrlicherweise auch schon vor uns in der sogenannten Ampelkoalition angehen können. Sie haben es nicht getan. Jetzt ist es im Koalitionsvertrag der Großen Koalition. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir auch hier zu einer Reform kommen werden.

Zusammenfassend ist zu sagen: Ihr Antrag ist aus unserer Sicht nicht zielführend und dient nicht dem Interesse der Studentinnen und Studenten im Freistaat. Wir lehnen ihn ab.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Oetinger. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Nolte für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Der Antrag der SPD ist relativ allgemein gefasst: Die Staatsregierung wird aufgefordert, für Studenten in Bayern eine Wohnheimquote von 15 % anzustreben. Die Fördermittel für studentischen Wohnraum sollen an das wachsende Studentenaufkommen angepasst werden. Ja, liebe SPD, das Wohnen als Student ist teuer, vor allem übrigens im SPD-regierten München. Ja, bezahlbarer Wohnraum für Studenten ist knapp. Ja, Un-

terstützung beim Wohnen für Studenten ist richtig und wichtig. Ja, natürlich wäre es wünschenswert, dass wir jedem Studenten in Bayern einen Wohnheimplatz anbieten könnten, aber dafür reichen die finanziellen Mittel nun einmal leider nicht aus.

Das geht auch aus dem Bericht der Staatsregierung auf Antrag der GRÜNEN hervor. Die Staatsregierung investiert bereits erheblich in den Ausbau studentischen Wohnraums. In den letzten Jahren wurden 11.000 Wohnplätze für 477 Millionen Euro Fördermittel auf den Weg gebracht. Allein im Jahr 2024 wurden 2.353 Wohnplätze mit rund 161 Millionen Euro Fördermitteln unterstützt. In den letzten zehn Jahren kostete den Freistaat ein einziger Wohnheimplatz somit im Schnitt etwa 43.000 Euro. Im Jahr 2024 kostete ein Wohnheimplatz den Freistaat etwa 68.000 Euro.

Aktuell haben wir eine Wohnheimquote von 9,3 %. Was es uns kosten würde, diese Wohnheimquote auf 15 % zu erhöhen, können Sie sich ausrechnen: Es entstehen horrenden Kosten. Woher Sie das Geld nehmen wollen, steht in Ihrem Antrag selbstverständlich nicht; alles andere hätte mich auch sehr gewundert. Nebenbei gibt es auch noch andere Bevölkerungsgruppen, die unter dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum leiden, zum Beispiel Geringverdiener, Rentner oder Alleinerziehende.

Anstatt wieder einmal die Subventionsschleuder über einzelne Bevölkerungsgruppen abzufeuern und somit lediglich Symptombehandlung zu betreiben, sollte man endlich die Ursachen dieser Wohnraummisere angehen, nämlich die links-grüne Politik: Energiewende, millionenfacher Zuzug illegaler Einwanderer, sogenannter Klimaschutz beim Bau, Bürokratiewahnsinn usw. usf.; ich erzähle Ihnen da nichts Neues. Wir lehnen den Antrag ab. – Ich bedanke mich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Kollege Julian Preidl für die FREIEN WÄHLER.

Julian Preidl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist zu diesem Tagesordnungspunkt eigentlich schon alles gesagt worden. Ich stimme den Ausführungen des Kollegen Oetzingler zu. Mich hat aber schon verwundert, dass unsere Argumente, die wir im Ausschuss gebracht haben, jetzt so dargestellt werden nach dem Motto: Das kann man ja mal so sagen. Das kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein.

Man muss sich schon der Realität stellen. Wir kennen alle die gestiegenen Kosten in der Baubranche allgemein. Das ist kein Phänomen, das nur bei den Studentenwohnungen auftritt. Wir müssen schauen, dass wir die Steuergelder und die Mittel möglichst effizient einsetzen. Wir haben auch knappe Kassen. Wir müssen einfach effektiv mit unserem Geld umgehen. Das bedeutet auch, dass wir regional bedarfsgerecht planen müssen. Ich verstehe nicht, was an diesem Argument falsch ist, dass man sagt, man muss regional bedarfsgerecht planen.

Diese SPD-Forderung, dass eine pauschale Quote von 15 % für Studentenwohnungen hilfreich ist, halte ich für absolut falsch. Das ist schwierig, weil ich zum Beispiel in München ganz andere Voraussetzungen habe als in Eichstätt oder in meinem Stimmkreis in Cham. Da gibt es einfach ganz andere Gegebenheiten. Warum überhaupt 15 %? Könnte man nicht auch 16 oder 17 % sagen, wenn die Studentenzahlen steigen? Außerdem geht diese Forderung total an der Realität vorbei. Wir haben zum Beispiel in München auch ein Flächenproblem. Nur weil wir jetzt Studentenwohnungen brauchen, heißt das nicht, dass wir in München plötzlich auch die passenden Flächen haben.

Ja, wir gehen dem Punkt der Studentenstadt, wie wir schon gehört haben, nach, aber es ist auch schon ein richtiges Argument gefallen: Wenn ich eine feste Quote nur für die Studierenden im Freistaat Bayern fordere, was ist denn dann mit den Azubis? Was ist denn dann mit den Senioren? Dann hätten auch die eine Quote verdient. Wie soll sich denn der Staat das eigentlich alles leisten?

Es ist also ein schwieriges Thema. Deswegen finde ich es gut, dass das BAföG und auch die Wohnkostenpauschale erhöht worden sind. Ich finde diese Argumente auch wirklich gerechtfertigt. Was jetzt von der SPD präsentiert worden ist, ist viel zu viel Theorie und zu wenig Praxis. Wenn man in Regierungsverantwortung ist, muss man mit Geld gut haushalten können. Wenn wir es uns in diesem Ausmaß nicht leisten können, müssen wir uns halt Stück für Stück vorarbeiten.

Wenn solche Dinge im Bund beschlossen werden, die gut sind wie die Verdopplung für "Junges Wohnen", geht es doch schon in die richtige Richtung. Dann mache ich kein Bundesbashing. Es ist aber halt einfach so, dass wir keine garantierte Quote liefern können, weil uns sonst das Geld ausgehen würde. Deswegen läuft dieser Dringlichkeitsantrag ins Leere.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Preidl. – Ich bitte Sie, den Geräuschpegel noch ein bisschen einzudämmen. Letzte Rednerin für heute Abend ist wahrscheinlich, wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, Frau Kollegin Ursula Sowa für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur wer verlässlich ein Dach über dem Kopf hat, kann auch gut lernen und studieren. Da sind wir uns vielleicht einig. Genau das wird für Studierende in Bayern aber immer schwieriger; denn verfügbarer Wohnraum, geschweige denn bezahlbarer, ist in Bayern absolute Mangelware. Über ein Drittel der Studierenden in Deutschland ist akut armutsgefährdet. Die Hälfte hat weniger – hören Sie gut zu – als 867 Euro im Monat zur Verfügung. In München liegen die Preise für ein WG-Zimmer locker bei durchschnittlich 800 Euro. Dass der Rest nicht zum Leben reicht, erklärt sich von selbst.

In ländlichen Gebieten ist das Problem nicht weniger relevant. Erst kürzlich hat mich eine Kommunalpolitikerin kontaktiert, weil es bei ihr in Kempten – vorhin war von

Cham die Rede – für Studierende kaum bezahlbaren Wohnraum gibt. Die Staatsregierung lobt sich währenddessen dafür, in den letzten Jahren doch ach so viel für studentisches Wohnen ausgegeben zu haben. Allerdings ist die Wohnheimquote zuletzt immer weiter gesunken, jüngst auf rund 9,7 %, wie die Kollegin schon gesagt hat.

Dabei waren wir hier schon einmal deutlich weiter: Noch Anfang der 1990er-Jahre lag die Abdeckung in Bayern bei über 15 %. Doch die Staatsregierung hat es über Jahrzehnte hinweg versäumt mitzudenken, dass es für die seither stark gestiegene Zahl an Studierenden natürlich auch mehr Wohnungen braucht.

Aber damit nicht genug. Denn was ist mit denen, die einen der raren Plätze in einem Wohnheim ergattern? – Sie können durchaus das Pech haben, unter völlig unzumutbaren Standards untergebracht zu sein; denn viele Häuser müssten dringend generalsaniert werden. Die Studierendenwerke geben hier sicher ihr Bestes. Aber angesichts des massiven Sanierungsstaus reichen die vorhandenen Ressourcen einfach nicht aus.

Ein besonders krasses Beispiel – meine Vorredner haben es schon genannt – war in den Medien. Das war das Beispiel der Münchner Studentenstadt: Verrottende, schimmelige Wohnungen mit riesigen Wasserflecken, das ist nicht nur ungemütlich, sondern stellt im schlimmsten Fall sogar eine Gesundheitsgefährdung dar. Ich war auch vor Ort und war wirklich erschrocken über diesen schlimmen Zustand.

Wir hatten das Thema jüngst im Ausschuss, im Wissenschaftsausschuss. Dort hieß es, dass Minister Blume bis zu den Medienberichten von all dem nichts gewusst haben soll, obwohl sein Ministerium die Rechtsaufsicht hat und mittelgebende Stelle für die Studierendenwerke ist. Das spricht nicht gerade dafür, dass ihn das Thema auch nur ansatzweise interessiert. Die Bilder, die wir dort gesehen haben und die Studierende uns geschickt hatten, sind mehr als blamabel für unseren Wissenschaftsstandort. Da kann der Minister gleichzeitig noch so viel von Hightech und Forschungs-

stärke sprechen, wenn es an der Basis einfach fehlt. Das Fundament sind gute Bedingungen für unsere Studierenden; denn sie sichern unsere Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn ausgerechnet hier das Fundament buchstäblich bröckelt, verspielt man den guten Ruf unseres Standortes. Die hier von der SPD in diesem Antrag geforderte Einführung einer Quote von 15 % allein schafft natürlich noch keine einzige neue oder sanierte Wohnung. Aber sie zeigt, wo es hingehen muss. Wir brauchen endlich eine Wende bei der Wohnungspolitik für Studierende, aber auch für Azubis. Das möchte ich noch anfügen.

Ausgehend von einer Quote müssen dann aber auch Maßnahmen folgen, die für den dringend benötigten Wohnraum sorgen. Wir fordern daher ganz klar: Unterstützen Sie die Studierendenwerke auskömmlich, damit sie mehr Wohnraum schaffen können. Dazu zählt natürlich eine bessere Finanzierung. Aber auch das alleine reicht nicht. Denn aktuell stehen auch die neu eingeführten starren Förderrichtlinien einer schnellen Behebung des Problems entgegen. Die nachschüssige Auszahlung sorgt nämlich dafür, dass Studierendenwerke aktuell große Bauvorhaben teuer zwischenfinanzieren müssen. Das kann aber auch nicht im Sinne des Freistaats sein. Außerdem muss bei der Schaffung neuer Studienkapazitäten das Wohnen von Beginn an mitgeplant und -gedacht werden. Denn die jungen Menschen müssen ja schließlich irgendwo unterkommen.

Nicht zuletzt brauchen wir endlich eine Reform des BAföG, die dafür sorgt, dass unsere Studierenden über ausreichend Mittel verfügen, um sich auf ihr Studium zu konzentrieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Kurzum: Die Einführung einer Wohnheimquote ist begrüßenswert. Wir sehen darin einen ersten Schritt in die richtige Richtung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sowa. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Christian Bernreiter das Wort.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich jetzt nicht unbeliebt machen. Ich könnte jetzt auch eine Stunde reden. Das erspare ich Ihnen. Aber es ist so viel erzählt worden, dass ich doch ein paar Takte zur Förderung und zu den sonstigen Dingen sagen muss. Da hält es mich jetzt nicht auf meinem Platz.

Zu den Themen, die Stephan Oetzingler angesprochen hat: Wir haben in den letzten Jahren fast eine halbe Milliarde Euro ausgegeben. Es ist auch nicht mehr beantragt worden. Wir haben innerhalb von zehn Jahren im Schnitt jedes Jahr 30 Millionen parat gehabt. Das ist nicht alles abgerufen worden. Aber allein im Jahr 2024 haben wir 161 Millionen Euro ausgegeben, das Fünffache dessen, was wir vorher ausgegeben haben. Das waren nicht die Studierendenwerke, das waren vielfach Private.

Weil Sie gesagt haben, wir sollen nicht mit dem Finger auf Berlin zeigen, muss ich fragen: Wissen Sie – da muss ich jetzt etwas sagen, weil nicht so viele Baupolitiker da sind –, wie die Auszahlungsbedingungen in Berlin sind? – Ich kann Ihnen das gerne schildern. Das ist unser ganz großes Problem. Ich habe den Koalitionsvertrag mitverhandelt. Wir haben da reingeschrieben, dass die Mittel für das "Junge Wohnen" für Auszubildende und Studierende kombiniert werden können. Wir wollen die Mittel bis Ende der Legislaturperiode verdoppeln. In Bayern können bis zu 20 % Azubis in einem Studierendenhaus wohnen und umgekehrt. Natürlich ist die Nachfrage für studentisches Wohnen weit höher. Das haben wir eingeführt. Aber unser generelles Problem ist, dass das derzeit Gott sei Dank sehr schnell vorangeht. Der Bund zahlt seine Mittel auf fünf Jahre verteilt aus: 4 % im ersten Jahr. Das ist unsere Portokasse. Dann 23, dann 25, dann 28 und dann 20 %.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Bitte?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr könnt das doch auch machen in Bayern!)

– Wir müssen es an den Bund anpassen. Ich war bis zum Jahresende Vorsitzender der Bauministerkonferenz. Alle 16 Länder fordern, dass das schneller geht, indem wir die Jahresscheiben reduzieren. Die Bundesbauministerin hat mir versichert, dass sie das alles geregelt hat. Leider ist sie vom Finanzminister hängen gelassen worden.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Wir machen ja. Wir haben ja Rekordmittel zur Verfügung. Wir machen das alles. Darum möchte ich das mal sagen.

Auch zur finanziellen Ausstattung – weil auch gesagt worden ist, was ein Studentenwohnplatz kostet – muss ich etwas sagen: Wir haben zwei verschiedene Förderungen, also von der Bindungszeit her. Wir haben einmal 25 Jahre. Da haben wir den Zuschuss erhöht, pro Studentenwohnplatz auf 45.000 Euro. Und wir haben einmal 40 Jahre, mit 75.000 Euro. Das ist natürlich sehr attraktiv und wird abgerufen. Da kommt man schon gut voran.

Kollege Blume und ich haben gemeinsam in der Regierungskoalition gekämpft, und ich bin auch sehr dankbar, dass das genehmigt wurde. Wir haben 50 Millionen Euro zusätzlich Eigenkapital aufgestockt, um die Studierendenwerke überhaupt in die Lage zu versetzen, dass es weitergeht. Was ich da vom Ausschuss gelesen habe, dass der Bauminister mal hätte nachschauen müssen, ob es da schimmelt oder sonst etwas ist: Ich habe da gar kein Betretungsrecht. Ich schaue in Ihrem Haus ja auch nicht nach, ob da alles passt, ob die Dachrinne sauber ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was da alles verbreitet worden ist, ist einfach Unfug.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Bin ich da schuld? Muss ich da hinfahren?

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die Sichtweise der Staatsregierung!)

Ich sage ja nur: Das ist alles verbreitet worden. Vorher haben wir es gerade wieder gehört: Der Kollege Blume hätte nachschauen müssen. Da gibt es eine eigene Organisation, die heißt Studierendenwerk. Die hat einen Aufsichtsrat. Da gibt es Beiräte, da sind auch Mieter drin. Die müssen sich halt da hinwenden, und dann kann man natürlich Anträge stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Am Anfang bin ich da draußen mal mit dem Rad rumgefahren und habe mir das alles angeschaut. Wir haben dann – das war auch nicht unsere Aufgabe – mit der BayernHeim die zwei großen Blöcke übernommen. Wir sind da weit vor der Zeit. Wir investieren hier sehr viel Geld, zusätzlich zu den 50 Millionen. Dort werden die Fassaden weggerissen, damit wir die Bäder komplett, fix und fertig, einheben und wieder zumachen können. Wir sind da vor unserem Zeitplan. Wir machen da sehr viel, weit mehr, als wir machen müssten. Das möchte ich schon noch mal ganz klar darstellen, was hier gemacht worden ist.

Ich habe sowohl – ich bin mir jetzt nicht hundertprozentig sicher, das habe ich nicht dabei – im Sommerpaket studentisches Wohnen gehabt, im Herbstpaket sind es etliche Maßnahmen, und auch im Winterpaket fördern wir studentisches Wohnen. Das haben wir auch für die nächsten Jahre vor, dass wir in dem Thema weiter so gut vorankommen, wie wir jetzt schon unterwegs sind. Ich wollte nur mal sagen, was da alles gemacht wird.

Und wie gesagt: Die Aufgaben muss schon derjenige wahrnehmen, der auch die Verantwortung vor Ort hat. Das ist der Eigentümer der jeweiligen Gebäude.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich hoffe, dass das jetzt noch angemessen in der Zeit war. Aber ich wollte wie gesagt kundtun, was wir da alles machen, wie das wirklich in Anspruch genommen wird, und zeigen, dass wir da sehr gut unterwegs sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Katja Weitzel, SPD-Fraktion.

Katja Weitzel (SPD): Vielen Dank, Herr Minister Bernreiter. Eines zur Klarstellung: Ich habe das Protokoll des Ausschusses noch mal gelesen. Ich kann mich nicht erinnern, dass einer von uns gefordert hat, dass der Herr Bauminister in die Studentenstadt fahren muss und sich das anschauen muss. Daran kann ich mich nicht erinnern.

Aber ich stelle mir folgende Fragen: Natürlich, es ist richtig, es gibt die Studierendenwerke. Die Studierendenwerke sind dafür zuständig. Aber ich stelle mir die Frage, ob die Studierendenwerke strukturell und finanziell so gut ausgestattet sind, dass sie dieser riesigen Aufgabe nachkommen können. Insbesondere im Fokus steht natürlich das Studierendenwerk München Oberbayern, weil München eben der größte Universitätsstandort mit den meisten Studierenden ist.

Ich darf Ihnen mal kurz zitieren, was der Verband der Deutschen Studierendenwerke vor einem halben Jahr, im August 2025, gesagt hat: "Die hohen Mieten drohen die Studierenden zu erdrücken; es droht eine neue Form der sozialen Auslese über die Miete [...]. Wir brauchen die angekündigte BAföG-Reform und" – jetzt kommt es – "eine kraftvolle Umsetzung des Programms ‚Junges Wohnen‘ durch die Länder". – Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, in welchem Verhältnis der Beitrag des Bundeslands Bayern zu dem steht, was der Bund hier tut. – Danke.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Weitzel. – Herr Minister.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Ich habe das Protokoll vom Ausschuss gelesen. Da ist gestanden, der Bauminister soll zitiert werden.

Er soll Rede und Antwort stehen, warum der Zustand so ist. – Das habe ich gelesen. Also muss ich mich verlesen haben. Wie gesagt, dagegen wehre ich mich, weil ich da null Komma null Verantwortung habe. Wir haben die Förderprogramme zu managen. Ich glaube, das machen wir sehr gut.

Die Situation bisher war, dass der Bund 77,2 Millionen Euro gegeben hat. Der Freistaat bzw. die Länder müssen mindestens 30 % kofinanzieren. Das machen wir locker. Ich habe Ihnen vorher gesagt, was wir in einem Jahr ausgegeben haben: Für 161 Millionen Euro Maßnahmebescheide erteilt. Wir sind da sehr gut unterwegs. Wie gesagt, damit können wir uns überall sehen lassen. Wir haben da aufgeholt.

Sie haben gefragt, ob es die Studierendenwerke "können". Der Kollege Blume und ich haben uns lange mit denen allen unterhalten. Dabei sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass wir sie mit weiterem Startkapital ausstatten wollen. Dem ist zugestimmt worden: 50 Millionen Euro. Das ist nur der Bruchteil des Eigenkapitals. Dann kann man natürlich entsprechend die Anträge stellen und die Förderungen abrufen. Die Aufgabe liegt schon dort, wo sie auch hingehört.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktionen von CSU, FREIEN WÄHLERN und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Dringlichkeitsantrag ist abgelehnt.

Ich bedanke mich für die konzentrierten Beratungen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 22:02 Uhr)